Volksbank Lingen eG

VR International

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!

5 NEUE SERIE: LEARNINGS AUS DER KRISE

6 LÄNDERSTECKBRIEF: LITAUEN

10 INDIEN ALS ALTERNATIVE ?

Ist Japan noch ein Stabilitätsanker?

Deutschland und Japan – das ist eine Beziehung, die gut funktioniert – und es sicherlich auch langfristig tun wird. Doch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gehen auch am japanischen Markt und dem Geschäft deutscher Unternehmen dort nicht spurlos vorüber. Die Studie „German Business in Japan 2020" von KPMG und der deutschen Auslandshandelskammer in Japan (AHK) zeigt, wie deutsche Unternehmen ihre Situation in Japan und die Chancen im Markt vor Corona eingeschätzt haben. Ein Zustand, den es wieder zu erreichen gilt, wenn die Corona-Pandemie hoffentlich bald überstanden ist.

Fakt ist: Auch wenn davon auszugehen ist, dass die mittel- und langfristigen Folgen der Corona-Pandemie das positive Bild, das deutsche Unternehmen von ihrem Geschäft in Japan gezeichnet haben, reduzieren wird, ist dennoch damit zu rechnen, dass die Aussagen der deutschen Mutterkonzerne mit Hinblick auf ihr Japan-Geschäft in der Studie auch auf lange Dauer zumindest teilweise Bestand haben.

Sehr relevanter Markt

Dazu trägt sicherlich auch bei, dass japanische Tochtergesellschaften für deutsche Konzerne wichtig sind. 46 Prozent der befragten Konzerne haben vor der Corona-Krise angegeben, dass das japanische Geschäft für sie eine hohe Priorität hat. Dazu trägt auch bei, dass fast alle (94 %) Unternehmen in Japan im Geschäftsjahr 2019 erneut Vorsteuergewinne erzielen konnten.

Deutsche Konzerne haben vor Corona den japanischen Markt als einen Stabilitätsanker in schwierigen Zeiten und in einer sich im rasanten Wandel befindlichen Region wahrgenommen. Japan stand für stabile, zuverlässige Geschäftsbeziehungen – ein entscheidender Vorteil gegenüber anderen Märkten und das Hauptargument für ihr Japan-Geschäft. 92 Prozent der in der Studie befragten Unternehmen gaben vor der Pandemie an, dass aus ihrer Sicht die Sicherheit und soziale Stabilität in Japan entscheidende Faktoren sind.

Japanische Konzerne als Partner und Wettbewerber auf Drittmärkten

Japan ist als Markt aber auch wegen der starken Vernetzung japanischer Unternehmen in Asien und global interessant. 63 Prozent der deutschen Unternehmen, die in Japan aktiv sind, beteiligten sich vor der Pandemie an Auslandsprojekten mit japanischen Partnern in Drittmärkten und fast die Hälfte erzielte mit japanischen Kunden außerhalb Japans mindestens gleich viel Umsatz wie innerhalb des japanischen Markts.
Etwa jedes sechste Unternehmen erzielte sogar mindestens dreimal so viel Umsatz wie in Japan selbst. Japanische Konzerne zählen auf den Weltmärkten zu den wesentlichen Wettbewerbern deutscher Konzerne und sind innovativ. Daher nutzen etwa die Hälfte der befragten deutschen Unternehmen ihre Präsenz in Japan, um Strategien und Produktentwicklungen ihrer japanischen Wettbewerber zu beobachten., mit denen sie auf allen Weltmärkten in Konkurrenz stehen.

Fachkräftemangel bleibt Problem

Nichtsdestotrotz sahen sich deutsche Unternehmen in Japan auch schon vor Corona einigen Herausforderungen gegenüber. Über 80 Prozent der befragten Konzerne haben angegeben, dass der Fachkräftemangel in Japan die größte grundsätzliche Herausforderung für das Geschäft vor Ort war. Dies wird sicherlich auch nach Corona ein wesentliches Hindernis bleiben.
Deutsche Vertreter kritisierten zudem die Migrationspolitik als zu wenig ambitioniert; weiterhin bestünde in Japan starker Nachholbedarf, wenn es darum ging, Frauen in den Arbeitsmarkt und insbesondere in Management-Rollen zu integrieren. Eine potenzielle Geschäftschance sahen die befragten Konzerne gleichwohl in der „Society-5.0-Initiative" der japanischen Regierung: Die Vision einer smarten und digitalisierten Gesellschaft, verbunden mit einer erhöhten Lebensqualität der alternden Bevölkerung, hat aus ihrer Sicht Chancen geboten, neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Über die Studie

Für die Umfrage „German Business in Japan" befragte die AHK Japan gemeinsam mit KPMG in Deutschland zwischen dem 20. und dem 28. Februar 2020 insgesamt 392 deutsche Unternehmen in Japan; 92 Unternehmen hatten sich beteiligt (Rücklaufquote: 23,5%). Die Umfrage konzentriert sich auf den wirtschaftlichen Ausblick deutscher Unternehmen in Japan und die Herausforderungen, denen sie im Hinblick auf Wachstumschancen für ihre Unternehmen gegenüberstehen.
Weitere Informationen zu den Studienergebnissen und die Möglichkeit, das Studiendossier herunterzuladen, finden Sie hier: https://bit.ly/3deIJNl oder unter https://japan.ahk.de.

Die Autoren

Andreas Glunz
ist Bereichsvorstand International Business bei der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Marcus Schürmann
ist Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Japan und Geschäftsführer der AHK Japan

Vom positiven Blick zum erstaunten Augenaufschlag

Interview mit Marcus Schürmann, Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Japan und Geschäftsführer der AHK Japan.

VR International: **Warum ist Japan für deutsche Unternehmen interessant?**

Marcus Schürmann: Japan ist für viele deutsche Unternehmen ein wichtiger oder sogar der wichtigste Markt in Ostasien. Unsere Studie zeigt, dass die Unternehmen bei der Befragung vor Corona vor allem die Stabilität und die soziale Sicherheit der Beziehungen zwischen Japan und Deutschland geschätzt haben. Dazu kommen auch kulturelle Ähnlichkeiten in Geschäftstätigkeiten.

VR International: **Vor welchen Herausforderungen stehen deutsche Unternehmen aktuell auf dem japanischen Markt?**

Marcus Schürmann: Vor dem Hintergrund von Corona und den Einreiseverboten, die die japanische Regierung gegenüber fast 150 Ländern ausgesprochen hat, hat sich der positive Blick auf Japan – zumindest aus aktueller Sicht – leider stark gedreht und sich eher in einen erstaunten Augenaufschlag verwandelt. Und auch die Haltung der ausländischen Business Community in Japan ist kritischer geworden. Ich gehe davon aus, dass viele der von uns in der Studie gestellten Fragen heute anders beantwortet würden, als dies Anfang 2020 der Fall war. Gleichwohl zeigen die Ergebnisse der Studie, was möglich ist und wohin Japan zurückkehren sollte, wenn Corona hoffentlich bald überstanden ist.

VR International: **Welchen Einfluss hat die Corona-Krise auf die deutsch-japanischen Beziehungen?**

Marcus Schürmann: Grundsätzlich bleibt zu hoffen, dass die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern langfristig durch Corona keinen nachhaltigen Schaden nehmen. Denn das gewachsene Interesse – nicht nur deutscher, sondern ausländischer Unternehmen generell – am japanischen Markt zeigt, welche Chancen sich für die Unternehmen, aber auch für Japan bieten.

Zusätzliche Einnahmen erzielen die befragten deutschen Unternehmen hieraus aber bislang kaum. Als weitere wichtige Herausforderung sahen die deutschen Unternehmen die wachsende Konkurrenz durch chinesischen Wettbewerber mittlerweile auch in Japan: 16 Prozent schätzten das Ausmaß als erheblich ein. Im Vergleich zur vorangegangenen Befragung hatte sich dieser Wert verdoppelt.

Es bleibt zu hoffen, dass - vor allem auch mit Blick auf die langjährigen vertrauensvollen bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Japan - die Umsatzvolumina bald wieder auf das Vorkrisen-Niveau zurückkehren. Eine enge Zusammenarbeit zwischen deutschen Firmen und japanischen Partnern sollte langfristig weiter angestrebt werden.

News inside: DZ BANK German Desk New York

Covid-19-Auswirkung auf Arbeitsalltag in New York

In der Vergangenheit haben wir bereits die Einführung des deutschen Ausbildungssystems und Entsendungsmöglichkeiten Ihrer Mitarbeiter in US-Tochtergesellschaften in die USA beleuchtet. In dieser „News Inside"-Rubrik möchten wir Sie gerne über den Covid-19-Alltag in der DZ BANK Branch New York aus der persönlichen Sicht des German-Desk-Mitarbeiters Heiko Voß informieren und Ihnen die derzeitige Einreisesituation für Bürger des Schengen-Raums erläutern. Hierzu hat die Redaktion von VR International ein Interview mit Heiko Voß geführt.

VR International: Beschreiben Sie doch bitte mal die Covid-19-Entwicklung in New York City aus Ihrer Sicht.

Heiko Voß: Durch die zunächst geringen Infektionszahlen und die zögerliche Antwort der USA auf die Pandemie ist bis Anfang März kaum etwas passiert, dann überschlugen sich die Ereignisse. Nach dem ersten US-Covid-19-Toten (3.3.) und der Ausrufung des Nationalen Notstands (13.3.) sind viele Amerikaner erst aufgewacht. Die DZ BANK Branch hat sich relativ früh mit einem möglichen Lock-Down-Szenario befasst (Homeoffice-Testphasen, Bereitstellung von benötigter Hardware) jedoch kam die Mitteilung der vorläufigen Schließung der Branch dann doch überraschend schnell. Seit dem 19.3. befindet sich jeder Mitarbeiter der Branch im Homeoffice. Einen konkreten Wiedereröffnungstermin gibt es bisher noch nicht, jedoch verfolgt das Management der Filiale die aktuellen Entwicklungen und wird in Koordination mit den lokalen Behörden und Gegebenheiten unter Sicherstellung der Gesundheit aller Mitarbeiter eine Wiedereröffnung der Filiale rechtzeitig ankündigen.

VR International: Gibt es Einschränkungen oder Probleme, die Sie im Arbeitsalltag bisher feststellen konntest?

Heiko Voß: Aus meiner Sicht kann ich ehrlicherweise sagen, dass ich bisher keine Arbeitseinschränkungen feststellen konnte – der German Desk und die Filiale New York sind leistungsbereit. Die DZ BANK New York ist in allen Vertriebseinheiten weiter voll lieferfähig (Firmenkundengeschäft, Projektfinanzierung, Handels- und Exportfinanzierungen, Verbriefungen und Handel). Die Kollegen in der Kreditabteilung stellen weiterhin Garantien aus und senden diese an die begünstigten Unternehmen. Die Kommunikation innerhalb der Bank funktioniert über „Skype for Business" (Videochat) und Telefon sehr gut. Tägliche Team-Meetings via Telefon stellen die Kommunikation innerhalb des German Desks sicher und regelmäßige virtuelle Happy Hours sorgen dafür, dass auch die sozialen Aspekte nicht zu kurz kommen.

VR International: Wie waren für Sie die ersten Monate im Lockdown außerhalb der Arbeit?

Heiko Voß: Aufgrund der hohen Mieten wohnen viele New Yorker (wie ich auch) in kleinen Wohnungen und gehen in Fitnessstudios, Restaurants und Bars in der Nähe ihrer Wohnungen. Das alles war ab dem 20.3. (Stay-at-Home Order durch Gov. Cuomo) auf einmal nicht mehr möglich, zudem wusste ich auch nicht, wann ich meine Frau das nächste Mal wiedersehen würde. Sie wohnt und arbeitet in der Region um Stuttgart. Die DZ BANK hat sich in dieser Situation wieder einmal als toller Arbeitgeber erwiesen und mir ermöglicht, während der Schließung der New Yorker Filiale aus Deutschland heraus zu arbeiten. Dies war ein bürokratischer Akt, denn ich bin als Mitarbeiter einer deutschen Bank im Ausland ab dem 1. Arbeitstag in Deutschland lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtig. Hier hat mich die Personalabteilung der Bank wunderbar unterstützt.

VR International: Was können Sie zur derzeitigen Einreisesituation in die USA sagen, immerhin wollen Sie ja auch baldmöglichst zurückkehren?

Heiko Voß: Grundsätzlich sind Reisen aus dem Schengen-Raum in die USA derzeit nicht erlaubt. Ausnahmen gibt es bei Studenten mit gültigen F oder M Visa. Arbeitsvisa (L oder H1B) werden derzeit nur ausgestellt, wenn Ihr Arbeitgeber an Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 beteiligt ist. B1 oder E2 Visainhaber dürfen mit Genehmigung der lokalen Botschaft einmalig in die USA einreisen. Die Einreiserlaubnis gilt jedoch lediglich für die einmalige Einreise und ist ab Erteilung 30 Tage gültig. Ein freies Ein-und Ausreisen gibt es derzeit für EU-Bürger in die USA nicht.

Interviewpartner

Heiko Voß
DZ BANK AG
Strukturierte Finanzierung
German Desk NY
NY/SFLN
100 Park Avenue,
13th Floor
New York, N.Y. 10017
001212 745 1568
heiko.voss@dzbank.de

Freihandelsabkommen mit Vietnam seit 1. August in Kraft

Seit 1. August 2020 gilt das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam. Im Kapitel Handel mit Waren sieht das Abkommen einen sofortigen vietnamesischen Zollabbau für eine Vielzahl von Ursprungswaren der EU vor. Für andere von Vietnam als sensibel oder hochsensibel eingestufte Importwaren gilt ein stufenweiser Zollabbau von bis zu zehn Jahren.
So können zum Beispiel fast sämtliche Maschinen und Anlagen mit Ursprung in der EU jetzt zollfrei in Vietnam eingeführt werden. Für 70% der EU-Exporte von chemischen Erzeugnissen nach Vietnam gilt nach Inkrafttreten Zollfreiheit, für den Rest ist ein stufenweiser Zollabbau von drei, fünf oder sieben Jahren vorgesehen. Im Bereich Kraftfahrzeuge und -teile kommt die vollständige Zollfreiheit nach zehn Jahren. Lediglich für sensible Agrarprodukte, unter anderem Reis, Pilze oder Thunfisch, bleiben Zollkontingente bestehen. Erstmalig in einem Freihandelsabkommen mit der EU wird Vietnam neben den nationalen Ursprungskennzeichnungen der EU-Länder auch die Kennzeichnung „Made in EU" für Industrieerzeugnisse akzeptieren (außer für pharmazeutische Erzeugnisse).
Zu beachten ist, dass das Allgemeine Präferenzsystem (APS) nach In-Kraft-Treten des Freihandelsabkommens für eine Übergangsphase von zwei Jahren weiterhin parallel Anwendung findet. Die Generalzolldirektion hat jetzt auch detaillierte Hinweise zum Nachweis der Ursprungseigenschaft veröffentlicht.

Weitere Informationen:
https://www.zoll.de

VAE: Medizintechnikmarkt entwickelt sich dynamisch

In den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) wird der Gesundheitssektor weiter ausgebaut. Besonders für Anbieter von Medizintechnik ergeben sich Chancen. Die langfristige Digital Health Strategie rückt durch die Coronakrise verstärkt in den Fokus. Auch der Medizintourismus soll in den kommenden Jahren stark ausgebaut werden.
Zukünftig möchten die VAE auch selbst im Medizintechniksektor als Produktions- und Forschungsstandort eine wichtige Rolle spielen. Der Bereich Pharmazeutika und Medizintechnik gehört beispielsweise zu den sechs Sektoren, die Schwerpunkte der Dubai Industrial Strategie 2030 sind. Ein besonderes Interesse besteht an der Entwicklung von 3D-Druck für den Medizinsektor.
Auch als Handelsdrehscheibe sind die VAE sehr wichtig. Medizintechnikhersteller aus den USA und der EU dominieren den Markt. Die USA sind beim Medizintechnikimport der VAE mit Abstand führend. Die US-Lieferungen beliefen sich 2018 auf 351 Millionen USD. Deutschland lag auf dem zweiten Rang mit 119 Millionen USD, gefolgt von China, Japan und dem Vereinigten Königreich.

Weitere Informationen:
https://www.gtai.de

Indonesiens Import von Nahrungsmittelmaschinen zieht an

Indonesien gab 2019 deutlich mehr für Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen aus als in den Jahren zuvor. Mittelfristig wird der Sektor weiter kräftig wachsen, davon sind die Experten von Germany Trade & Invest überzeugt. Denn der Konsum von verarbeiteten Nahrungsmitteln dürfte weiter zunehmen.
In den Supermärkten des Archipels kam es zu Beginn der Corona-Pandemie zu Hamsterkäufen, und aufgrund geschlossener Restaurants essen mehr Menschen zu Hause. Maßgeblich ist als Folge einer wachsenden Mittelschicht aber der generelle Trend weg von traditionellen Märkten hin zum Nahrungsmitteleinzelhandel.
Außerdem gehört die Nahrungsmittelverarbeitung zu fünf Kernbranchen, die im Rahmen der Regierungsstrategie „Making Indonesia 4.0" in Zukunft digitalisiert und vernetzt produzieren sollen. Dazu ist die Einfuhr von Hightech-Maschinen notwendig.
Viele Voraussetzungen für den Schritt hin zu Industrie 4.0 fehlen zwar noch, aber immerhin gilt die Nahrungsmittelverarbeitung zusammen mit der Automobilbranche als technisch fortschrittlichster Industriesektor. Staatliche Unterstützung für eine Modernisierung des Maschinenparks ist außerdem zu erwarten.

Weitere Informationen:
https://www.gtai.de

Corona-Krise: Auswirkungen auf Exportverträge

Die Corona-Pandemie hat als Ereignis Höherer Gewalt erhebliche Auswirkungen auf Exportverträge gezeigt. Das anwendbare Recht ist hierbei für die Rechtsfolgen entscheidend, sodass Rechtswahlklauseln insoweit eine Weichenstellung vornehmen. Die gesetzlichen Bestimmungen führen aber nicht immer zu eindeutigen Ergebnissen. Sog. Force-Majeure-Klauseln in einem Exportvertrag schaffen hingegen Klarheit in der Corona-Krise.

Ob Lieferverzögerungen oder -einstellungen aufgrund der Corona-Pandemie als ein Ereignis Höherer Gewalt einzustufen sind, hängt einerseits von dem konkreten Inhalt des Vertrags sowie dem auf diesen anwendbaren Recht und andererseits von den Umständen des Einzelfalls ab. Für den Zeitraum ab Mitte März 2020 dürfte hinsichtlich der Corona-Pandemie grundsätzlich von einem Ereignis Höherer Gewalt auszugehen sein. Dass das China Council for Promotion of International Trade (CCPIT) schon Ende Januar 2020 Force-Majeure-Zertifikate ausgestellt hat, ist aus der Sicht des deutschen Rechts für die Einstufung als ein Ereignis Höherer Gewalt nicht maßgebend. Andererseits ist ein solches Zertifikat keine Voraussetzung, um sich darauf berufen zu können.

Force-Majeure-Klauseln

Force-Majeure-Klauseln in Exportverträgen bieten Schutz bei Ereignissen Höherer Gewalt und regeln die daraus resultierenden Rechtsfolgen, etwa eine vorübergehende Aussetzung der Leistungserbringung oder ein Recht zur Vertragsbeendigung. Epidemien werden z.B. in den ICC-Force-Majeure-Klauseln ausdrücklich als ein Ereignis Höherer Gewalt definiert. Es ist aber weiterhin erforderlich, dass die Corona-Epidemie in einem konkreten Fall für die Leistungsstörung kausal ist.

Höhere Gewalt nach deutschem Recht und UN-Kaufrecht

Bei Verträgen ohne eine Force-Majeure-Klausel kommt es darauf an, ob die Corona-Pandemie nach dem Vertragswortlaut in seiner Gesamtheit und dem anwendbaren Recht als ein Ereignis Höherer Gewalt zu werten ist. Wenn die Leistungserbringung unmöglich ist, ist der Anspruch des Gläubigers auf Leistung nach deutschem Recht ausgeschlossen. In vielen Fällen Höherer Gewalt bleibt die Leistungserbringung zwar oftmals möglich, aber der dafür erforderliche Aufwand steht in einem groben Missverhältnis zum Leistungsinteresse des Gläubigers. In solchen Fällen steht dem Schuldner ein Leistungsverweigerungsrecht zu. Ihn trifft dann aber eine Schadensersatzpflicht gegenüber dem Gläubiger.

Unsere neue Serie: Learnings aus der Krise (Teil 1)

Die faktische Unmöglichkeit führt zur Anwendung der Rechtsgrundsätze der Unmöglichkeit, und die wirtschaftliche Unmöglichkeit grundsätzlich zu der der Störung der Geschäftsgrundlage mit der Rechtsfolge einer Vertragsanpassung. Die Abgrenzung ist allerdings problematisch, da bei dem Aufwand zur Vermeidung einer faktischen Unmöglichkeit auch die finanziellen Interessen des Schuldners berücksichtigt werden müssen, insbesondere die Risikoverteilung nach den konkreten Vereinbarungen.

In der Corona-Krise spielt diesbezüglich insbesondere das Beschaffungsrisiko eine wesentliche Rolle. Bei einem marktbezogenen Gattungskauf trägt der Verkäufer das Risiko der Beschaffung der Ware. Der Verkäufer wird grundsätzlich nicht dadurch entlastet, dass er von seinem Vorlieferanten nicht beliefert wird oder die Preise gestiegen sind und die Beschaffung der Ware daher mit einem erheblich höheren Aufwand verbunden ist. Wenn er aufgrund Höherer Gewalt in der Lieferkette seines Vorlieferanten selbst nicht leisten kann, muss grundsätzlich in dem Verhältnis zu den eigenen Abnehmern allein deshalb noch kein Fall Höherer Gewalt vorliegen. Auch bei der Störung der Geschäftsgrundlage trägt der Verkäufer einer Gattungssache das Beschaffungsrisiko. Mit einem Selbstbelieferungsvorbehalt kann der Verkäufer das Beschaffungsrisiko aber auf den Käufer abwälzen.

Gelangt das UN-Kaufrecht zur Anwendung, ist der Verkäufer als Schuldner entlastet, wenn die Nichterfüllung auf einem nicht beherrschbaren Hinderungsgrund beruht, der Hinderungsgrund nicht vorhersehbar war, die Nichterfüllung unabwendbar in dem Sinne ist, dass von dem Verkäufer vernünftigerweise nicht erwartet werden konnte, den Hinderungsgrund und seine Folgen zu vermeiden oder zu überwinden und der Hinderungsgrund ursächlich für die Nichterfüllung ist. Es ist anerkannt, dass Epidemien hierunter fallen.

Maßnahmen in der Krise

Die Komplexität der rechtlichen Problematik mit den damit verbundenen Rechtsunsicherheiten macht es erforderlich, praxistaugliche Verhandlungs- und Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln. In erster Linie ist die Erstellung eines Konzepts zur proaktiven Vorgehensweise im Verhältnis zu sämtlichen Beteiligten in einer Lieferkette zielführend, wobei auch rechtliche Auseinandersetzungen und Konfliktlösungen nach den verschiedenen Verfahrensarten berücksichtigt werden sollten. Eine frühzeitige schriftliche Kontaktaufnahme und Kommunikation mit Vertragspartnern einer Lieferkette mit dem Ziel einer vorrangigen einvernehmlichen Klärung mit den Vertragspartnern auf der Ebene einer Lieferkette ist empfehlenswert.

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei NEUSSELMARTIN Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB
Taunusstr. 72,
(Rheinkai 500)
55120 Mainz
Tel. 06131 6247170
k.vorpeil@neusselmartin.de
www.neusselmartin.de

Litauen

Litauen ist mit einer Fläche von 65.300 km² und 2,8 Millionen Einwohnern flächen- sowie bevölkerungsmäßig das größte Land der drei baltischen Staaten. Angrenzende Länder sind Polen, Weißrussland, Lettland sowie die russische Enklave Kaliningrad. Litauen verfügt auch über einen direkten Zugang zur Ostsee. Mit einem Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der EU-28-Staaten von 54% verfügt Litauen über ein noch moderates Wohlstandsniveau. 1990 hat Litauen als erster Teilstaat seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärt. Vor diesem Hintergrund sowie auch aufgrund der räumlichen Nähe verfügt Litauen über viel Expertise im Russlandgeschäft.

Politische Lage

Seit 2016 ist die „Bauern- und Grüne Union" (LVŽS) stärkste Kraft im litauischen Parlament. Aktuell bildet die LVŽS zusammen mit der durch die Abspaltung von den Sozialdemokraten entstandenen LSSDP-Partei sowie der christdemokratische Minderheitenpartei „Wahlaktion der Polen Litauens – Union christlicher Familien" (LLRA-KŠS) eine Minderheitsregierung. Die Regierung wird jedoch aufgrund eines Kooperationsabkommens von der rechtspopulistischen Partei „Ordnung und Gerechtigkeit" (TT) im Parlament unterstützt und verfügt mit 76 von 141 Sitzen über eine parlamentarische Mehrheit. Bei den Präsidentschaftswahlen setzte sich 2019 der parteilose Gitanas Nauséda durch. Die nächsten Parlamentswahlen sind für Oktober 2020 vorgesehen.

In Litauen besteht ein breiter politischer Konsens hinsichtlich der marktwirtschaftlichen Ausrichtung des Landes und der pro-westlichen Außenpolitik. Nach dem Beitritt zur Eurozone 2015 wurde das Land 2018 auch Mitglied der OECD. Zentrale politische Themen sind die energiepolitische Unabhängigkeit von Russland, Armutsbekämpfung, Förderung der Wirtschaft sowie Maßnahmen zur Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit einerseits und der durch niedrige Löhne bedingten Emigration andererseits. Des Weiteren ist die Regierung bemüht, die Korruption zu verringern und die wirtschaftliche und politische Transparenz zu erhöhen. Außenpolitisch ist Litauen eng in die EU sowie die NATO eingebunden und verfügt über gute Beziehungen zu den westlichen Ländern. Das Verhältnis zu Russland, dem weiterhin wichtigsten Handelspartner, ist dagegen historisch schwierig und wird durch die Spannungen zwischen der EU und Russland als Folge der Ukraine-Krise belastet.

Litauen - im Bild die Hauptstadt Vilnius - positioniert sich seit einigen Jahren erfolgreich als Standort für digitale Technologien.

Die vier größten Geschäftsbanken
(Stand: Ende 2019; in Mio. EUR)

Swedbank AB	10.586
AB SEB Bankas	8.564
Siauliu Bankas	1.516
UAB Medicinos Bankas	356

2020/2021 dürfte die Regierung ihre Politik insbesondere an der Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie ausrichten. Die Regierung hatte im März 2020 sehr strikte Lockdown-Maßnahmen für die Wirtschaft und den sozialen Umgang erlassen. Zeitgleich wurden sehr umfangreiche Hilfspakete zur Stützung der Wirtschaft auf den Weg gebracht. Litauen verfügt hierfür über entsprechenden fiskalpolitischen Spielraum. Die ersten Hilfspakete vom März und Mai 2020 umfassten 3 Mrd. EUR (7,5% des BIP) sowie Garantien i.H.v. 1,4 Mrd. EUR (2,6% des BIP). Des Weiteren hat Litauen als Mitglied der Eurozone Zugang zu den Hilfspaketen der EZB.
Ziel der Regierung ist, primär die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Liquidität von Unternehmen zu stärken. Weitere Maßnahmen wurden im Juni 2020 durch einen Investitionsplan beschlossen. Bis 2021 sollen Neuinvestitionen i.H.v. 2,2 Mrd. EUR (4,5% des BIP) getätigt werden.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
(in Prozent)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2017	4,2	3,7	0,5
2018	3,6	2,5	0,6
2019	3,9	2,2	0,3
2020s	-7,5	0,9	-6,4

s = geschätzt

Quellen: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt, Mai 2020; IWF, International Financial Statistics; EIU; eigene Berechnungen

Entwicklungen in der Außenwirtschaft
(in Mrd. USD)

Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)
2017	0,5	0,6
2018	0,8	0,1
2019	2,3	0,8
2020s	1,2	0,1

s = geschätzt

Quellen: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt, Mai 2020; IWF, International Financial Statistics; EIU; eigene Berechnungen

Wirtschaftsstruktur

Litauen weist mit rund 19.586 US-Dollar ein vergleichsweise niedriges Pro-Kopf-Einkommen in der Eurozone auf. Als rohstoffarmes Land ist es von Energieimporten abhängig, die in der Vergangenheit fast ausschließlich aus Russland kamen. Generell stellt die Abhängigkeit von Russland als weiterhin größtem Import- und Exportmarkt des Landes ein Risiko dar. Um die Abhängigkeit von russischen Erdgas- und Stromlieferungen zu verringern, verfolgt Litauen seit einigen Jahren den Aufbau einer alternativen Infrastruktur zur Energieversorgung. Im Rahmen dieser Bemühungen wurden bereits ein leistungsstarkes Flüssiggas-Terminal und Strombrücken nach Schweden und Polen errichtet. Das Flüssiggas wird über eine Pipeline auch nach Lettland geführt. Eine weitere Gaspipeline nach Polen ist im Bau.
Der Transportsektor ist aufgrund der vorteilhaften geographischen Lage Litauens von besonderer Bedeutung und trägt hohe 11% zum BIP bei. Geographisch verbindet Litauen die internationalen Verkehrskorridore in ost-westlicher sowie in nord-südlicher Richtung. Des Weiteren verfügt Litauen über ein gut ausgebautes Verkehrs- und Infrastrukturnetz. Logistisch lassen sich von Litauen sowohl die Märkte in Kontinentaleuropa, Skandinavien sowie in Russland und den GUS-Staaten gut erreichen.
Des Weiteren ist der Ostseehafen von Klaipeda der größte Tiefseehafen im Baltikum und von besonderer Bedeutung für die logistische Bedienung des skandinavischen Wirtschaftsraums. Aktuell wird nach langjährigen Vorplanungen an der Entwicklung und dem Bau des 950 km langen „Rail Baltica"-Schienenprojektes gearbeitet. Ziel ist es, langfristig eine Strecke von Helsinki über die baltischen Länder bis in die polnische Hauptstadt Warschau zu bauen, welche dann über Berlin die Nordseehäfen von Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam, Bremen, Bremerhaven und Hamburg anbinden soll. „Rail Baltica" gehört zu den bedeutensten europäischen Infrastrukturprojekten. Das Vorhaben zählt zu den EU-Schwerpunktprogrammen der sog. Transeuropäischen Netze und wird entsprechend von der EU finanziell gefördert.

Europas erstes Blockchain Centre nahm 2018 seine Arbeit in Vilnius auf. Der Betrieb von Blockchain-Anwendungen im Finanzsektor wurde als Marktlücke erkannt.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Litauen
(in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2017	3.260	1.830	1.430
2018	3.456	1.952	1.504
2019	3.427	2.096	1.331
2020 (Jan.-April)	1.105	695	410

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Außenhandel, Fachserie 7

Seit 2019 wird auch mit chinesischen Investoren im Rahmen des Belt-Road Infrastrukturprojektes („Neue Seidenstraße") über deren finanzielle Beteiligung an „Rail Baltica" verhandelt.
Die Wirtschaft ist vom Dienstleistungssektor geprägt, der 68% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Neben dem Transport- sind insbesondere der IT-Sektor und der Bankensektor von Bedeutung. Letzterer wird von skandinavischen Banken dominiert und ist gut kapitalisiert. Ein wirtschaftliches Hemmnis ist jedoch der sich verschärfende Fachkräftemangel in Industrie, Baugewerbe und Dienstleistungsbereich. Schwachstellen des Landes sind hierbei u.a. eine stark alternde Bevölkerung sowie die Abwanderung von jungen Fachkräften ins Ausland.
Die Einwohnerzahl ist zwischen 2009 und 2019 um rd. 12% aufgrund von Arbeitsmigration geschrumpft. Bis 2029 dürfte die Einwohnerzahl weiter von derzeit 2,8 Millionen auf 2,5 Millionen zurückgehen. Der diversifizierte und exportorientierte Industriesektor trägt 29% zum BIP bei. Wichtige Branchen sind die petrochemische Industrie sowie die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie. Bei der Petrochemie ist anzumerken, dass Litauen über die einzige Raffinerie im Baltikum verfügt.
Von Bedeutung sind ebenfalls die Holzverarbeitung, die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Elektroindustrie. Mit einem Ausfuhranteil von rd. 83% am BIP ist Litauen stark exportorientiert und insbesondere von der Konjunktur in der EU sowie in Russland abhängig.
Litauen positioniert sich seit einigen Jahren im internationalen Vergleich erfolgreich als Standort für digitale Technologien und Blockchain-Anwendungen im Finanzsektor und als digitaler Finanzmarktplatz. Hierbei kommt Litauen zu Gute, dass es über eines der am besten ausgebauten Breitbandsysteme weltweit verfügt. Internationale IT-Service- und Entwicklungszentren werden heute bereits in Litauen von der britischen Großbank Barclays, von Western Union sowie seit 2014 auch von der US-amerikanischen Börse Nasdaq unterhalten.

Das Wichtigste in Kürze

- Litauen ist flächen- und bevölkerungsmäßig der größte der drei baltischen Staaten
- Breiter politischer Konsens hinsichtlich der marktwirtschaftlichen Ausrichtung und der pro-westlichen Außenpolitik
- Um die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu verringern, baut das Land seit einigen Jahren eine alternative Infrastruktur zur Energieversorgung auf
- Mit „Rail Baltica" bedeutendes europäisches Transportlogistik-Projekt
- Litauen positioniert sich seit einigen Jahren im internationalen Vergleich erfolgreich als Standort für digitale Technologien
- Mittelfristig könnte das baltische Land von einer zu erwartenden Verlagerung von internationalen Liefer- und Produktionsketten profitieren

Darüber hinaus wird von der Regierung und der Zentralbank aktiv die Ansiedlung von kleineren Start-up-Unternehmen für elektronischen Finanzdienstleistungen („FinTechs") geworben. Von der Zentralbank wurden bisher 64 sogenannte e-licences vergeben. Damit verfügt Litauen nach dem UK im europäischen Vergleich über die zweithöchste Zahl regulierter FinTechs.

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft Litauens ist seit 2010 kontinuierlich gewachsen. 2019 wurde noch ein BIP-Wachstum von 3,9% erreicht. Durch die Corona Pandemie wird es 2020 jedoch zu einem drastischen Wirtschaftseinbruch kommen. Während zum Jahreswechsel 2019/2020 für 2020 mit einem Wachstum des BIP von 2,5% gerechnet wurde, dürfte Corona-bedingt das BIP je nach Pandemie-Szenario 2020 wahrscheinlich zwischen 8%-10% schrumpfen. 2019 lag die Arbeitslosenquote bei 6,3% und dürfte aufgrund der Corona-Pandemie auf 9-10% ansteigen.
Die litauische Leistungsbilanz wird strukturell bedingt von Energieimporten belastet und ist in den letzten Jahren moderat positiv gewesen. Der Grund lag in steigenden Dienstleistungsexporten insbesondere im Transport., dem IT- sowie dem Finanzsektor. 2019 erreichte der Leistungsbilanzüberschuss 4,2% des BIP bzw. 2,3 Mrd. USD. Aufgrund der Corona-Krise und der daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Exportwirtschaft wird für 2020 ein geringerer Leistungsbilanzüberschuss von 2,5% des BIP erwartet.
Besonders krisenresistent zeigt sich hierbei der Dienstleistungssektor des Landes. Die Fiskalpolitik ist auf die Haushaltskonsolidierung ausgerichtet. 2019 schloss der Staatshaushalt mit einem Positivsaldo von 0,1% des BIP. Für 2020 wird Corona-bedingt ein Haushaltsdefizit von 8,5%-10,6% des BIP erwartet. Die Staatsverschuldung betrug 2019 rd. 36% des BIP. Infolge der aktuellen fiskalischen Belastungen wird 2020 ein Anstieg auf 47%-50% des BIP prognostiziert. Dies ist im europäischen Vergleich dennoch als moderat zu bewerten.
Die Auslandsverschuldung Litauens lag 2019 mit 37 Mrd. USD unter dem Niveau des Vorjahres (2018: 40,7 Mrd. USD). Ihr Anteil an BIP und Exporten lag bei akzeptablen 70% bzw. 83,1%. Aufgrund der positiven Leistungsbilanzsalden sowie der fiskalischen Konsolidierung sollte die Verschuldung tragbar bleiben.

Der überwiegende Teil der Auslandsverbindlichkeiten dürfte in Euro gehalten werden, für die kein Transfer- und Wechselkursrisiko mehr besteht. Das Land verfügt weiter über guten Zugang zu den internationalen Finanzmärkten.

Beziehungen zu EU und Deutschland

Die deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen sind eng. Deutschland war 2019 mit einem Anteil von rund 7,5% an den litauischen Exporten und von rund 11,6% an den Importen nach Russland und Polen der drittgrößte Handelspartner des Landes.
Das bilaterale Außenhandelsvolumen mit der EU lag 2019 bei rund 37,6 Mrd. EUR. Auf die EU entfällt hierbei ein Exportüberschuss von 2 Mrd. EUR. Der Warenaustausch zwischen Deutschland und Litauen erreichte 2019 ein Volumen von 5,5 Mrd. EUR. Im Saldo weist die Handelsbilanz dabei einen Überschuss von knapp 1,3 Mrd. EUR zugunsten Deutschlands aus. Bei den deutschen Exporten dominieren Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeugteile und Maschinen sowie chemische Erzeugnisse.
Bei den deutschen Importen stehen Nahrungsmittel, chemische Erzeugnisse, Möbel und Kraftfahrzeuge bzw. Kfz-Teile an erster Stelle. Unter den ausländischen Investoren in Litauen steht Deutschland nach Schweden, Estland und den Niederlanden an vierter Stelle. An deutschen Unternehmen sind etwa die Kfz-Zulieferer Hella und Continental vertreten und im Handelsbereich die Unternehmen Rewe, Lidl und Douglas.
Attraktive Geschäftsfelder für deutsche Unternehmen dürften sich zukünftig insbesondere im Bereich der Umweltinvestitionen, beim Infrastrukturausbau u.a. des Bahnnetzes, des Hafens Klaipeda und im Bereich intelligenter Technologien ergeben. Des Weiteren bestehen mit Litauen interessante Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in der Lebensmittel-, Textil- sowie Möbelherstellung.

Aussichten

Die Aussichten auf eine Konjunkturerholung in 2021 bei einem günstigen Pandemieverlauf sind für Litauen vielversprechend. Zwar dürfte es Coronabedingt 2020 zu einem abrupten Wirtschaftseinbruch kommen, jedoch hat die litauische Regierung bisher sehr umfangreiche wirtschaftliche Hilfspakete auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Mittelfristig könnte Litauen von einer zu erwartenden Verlagerung von internationalen Liefer- und Produktionsketten profitieren. Gründe hierfür sind im Wesentlichen die Offenheit der Volkswirtschaft, die gute Infrastruktur sowie die gute logistische Lage. Die litauische Wirtschaft ist auch in Sachen digitale Technologien hervorragend aufgestellt.

Robert Kroll
DZ BANK AG

Hauptimportgüter Litauens
(in Prozent der Gesamteinfuhr 2018)

Chemische Erzeugnisse	14,4
Erdöl	13,4
Nahrungsmittel	9,0
Kfz und -Teile	8,7
Maschinen	8,5

Quellen: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt, Mai 2020

Eckdaten für den Export nach Litauen

Bevölkerung:
2,8 Millionen

Hauptstadt:
Vilnius

Währungseinheit:
1 Euro = 100 Cent
ISO-Code: EUR

Wichtige Feiertage:
16. Februar Tag der Unabhängigkeit (1918)
11. März Tag der Wiederherstellung der Unabhängigkeit (1990)
01. Mai Tag der Arbeit
24. Juni Johannistag
06. Juli Nationalfeiertag
15. August Mariä Himmelfahrt
01. November Allerheiligen
24. Dezember Heiligabend
25. Dezember 1. Weihnachtstag
26. Dezember 2. Weihnachtstag

Zollflughäfen:
Kaunas, Palanga, Siauliai, Vilnius.

Wichtige Seehäfen:
Klaipeda (Memel)

Korrespondenzsprachen:
Litauisch, Russisch, Englisch und Deutsch

Zolltarif (für Nicht-EU-Waren):
Harmonisiertes System, Verzollung nach dem Transaktionswert.

Vorauszahlung: Es wird empfohlen auf ausreichende Sicjherheiten zu bestehen; Stellung eines unwiderrufliches Akkreditivs. Vorabbonitätsauskünfte empfohlen.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
./.
Hinweis: Bei mit /. markierten Ländern handelt es sich um die von der OECD hinsichtlich des Risikos nicht klassifizierten Hocheinkommensländer der OECD und der Eurozone. Es gibt keine OECD-weit gültige Entgeltkategorie. Die Entgeltberechnung erfolgt anhand eines Markttests.

Auszug aus den „Exportbestimmungen anderer Länder" sowie aus den „Konsulats- und Mustervorschriften".

Nützliche Adressen

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
Z. Sierakausko g. 24,
03105 Vilnius, Litauen
Tel,: 00370 5 210 64 00
info@wilna.diplo.de
http://www.wilna.diplo.de/

Botschaft der Republik Litauen
Charitestraße 9
10117 Berlin
Tel.: 030-890 68 10
info-botschaft@mfa.lt
https://mfa.lt/de/de

Deutsch-Baltische Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen
Büro Litauen
Leitung: Frau Audrone Gurinskiene
Vilniaus g. 28-201
01402 Vilnius, Litauen
Tel,: 00370 5213 9114
audrone.gurinskiene@ahk-balt.org
https://www.ahk-balt.org

Indien - eine Alternative zu China?

Die Covid-Pandemie hat die Wichtigkeit diversifizierter Lieferketten offengelegt. Vor diesem Hintergrund erwägen auch deutsche Unternehmen, Produktionsstätten nach Indien zu verlagern oder neue Fabriken in dem Land zu gründen. Und die indische Wirtschaft wächst weiter – selbst in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Der IWF geht davon aus, dass die indische Wirtschaft im Jahr 2020 um 1,9% wachsen wird. Wie geht man in Indien konkret vor? Praktische Tipps geben die Experten der India Group der Anwaltskanzlei Osborne Clarke und ihrer Partnergesellschaft BTG Legal aus Mumbai.

VR International: **Die Covid-Pandemie hat die Wichtigkeit diversifizierter Lieferketten offengelegt. Könnten vor diesem Hintergrund internationale Unternehmen erwägen, Produktionsstätten nach Indien zu verlagern oder neue Fabriken in Indien zu gründen?**

Ulrich Bäumer: Seit 1991 öffnet sich Indien Stück für Stück und zieht zahlreiche Investitionen internationaler Unternehmen aus verschiedenen Branchen an. Um den Subkontinent zum weltweiten Zentrum für Fertigung und globales Design zu machen, kündigte die indische Regierung 2014 ihr ehrgeiziges Programm „Make in India" an. Die Initiative hat globale Unternehmen wie Samsung und Xiaomi dazu bewogen, einen beträchtlichen Teil ihrer Fertigung nach Indien zu verlagern.
Um nun aber die Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie zu bewältigen und das Land, welches noch abhängig von Importen ist, auch zu einem Exportzentrum zu machen, hat Indien nun verschiedene weitere Programme angekündigt, um diese Export-Initiative zu verstärken. Ziel ist die Stärkung der Eigenständigkeit des Landes. Das berüchtigte „red tape", also der Dschungel an gesetzlichen Bestimmungen, soll gestutzt werden.

VR International: **Welche Überlegungen sind bei der Entscheidung, eine Fabrik in Indien zu errichten oder Projekte in Indien durchzuführen, zu treffen?**

Parveen Arora: Für die Durchführung von Fertigungsaktivitäten in Indien ist eine physische Präsenz im Land erforderlich. Eine Produktionsstätte kann entweder von einem Unternehmen oder einem Partnerunternehmen – einschließlich einer Limited Liability Partnership (LLP) – gegründet werden. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (privat oder öffentlich) - ähnlich der deutschen GmbH - ist nach wie vor die beliebteste Organisationsform für Fertigungsunternehmen.
Ein ausländisches Unternehmen kann des Weiteren beschließen, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft in Indien zu gründen oder mit einem lokalen Partner ein Joint Venture einzugehen. Daneben sind die Standortentscheidung, die Frage nach dem Eigentum an Land und die Anreize (Steuern, Zölle, Vergünstigungen) der verschiedenen Bundesstaaten entscheidend.

VR International: **Wie kann in Indien eine Fabrik errichtet werden?**

Shloka Vaidialingam: Jede Fabrik in Indien muss dem Factories Act von 1948 entsprechen. Eine Produktionseinheit wird als Fabrik betrachtet, wenn mindestens zehn Arbeiter den Herstellungsprozess mit Strom durchführen oder 20 Arbeiter ohne Strom produzieren. Der Factories Act ist auf alle Herstellungsprozesse und -Niederlassungen in Indien anwendbar. Mehrere Bundesstaaten haben zudem eigene Umsetzungsgesetze für den Factories Act erlassen. Grundvoraussetzung ist des Weiteren eine Fabriklizenz, die Zulassungen vor dem Bau, der Zugang zu den Mitarbeitern und der Import von Geräten.

VR International: **Was ist bei dem Betrieb einer Fabrik noch zu beachten?**

Shloka Vaidialingam: Nach dem Abschluss des Baus und der Installation der Ausrüstung muss eine Fabrik auch während des Betriebs bestimmte Regelungen des Factories Act (wie zum Beispiel die Registrierung von Rücksendungen und Problemmeldungen) sowie etwaiger separater Arbeitsgesetze einhalten. In Bezug auf die Gesundheit und Sicherheit für Arbeiter bestehen zusätzliche Anforderungen. Zudem müssen öffentliche Bekanntmachungen in den jeweiligen Landessprachen (Achtung: es gibt nach der indischen Verfassung 22 offizielle Landessprachen!) erfolgen sowie die hygienischen Bedingungen und geeignete sanitäre Einrichtungen für Arbeiter gewährleistet werden. Viele Staaten bieten inzwischen Onlinesysteme für bestimmte Regelungen an und haben außerdem feste Inspektionsintervalle für Regierungsbeamte vorgeschrieben, um Werksgelände zu besuchen und zu bestätigen, dass alle Erfordernisse eingehalten werden.
Die im Registrierungsantrag als Nutzer bezeichnete Person ist für die Einhaltung der Anforderungen des Fabrikgesetzes, der Arbeitsgesetze und anderer grundlegender Gesundheits- und Sicherheitsstandards durch das Werk verantwortlich.

VR International: **Vielen Dank.**

Interview mit …

Parveen Arora
Leiter der Energie- und Infrastrukturpraxis bei BTG Legal
https://btg-legal.com/

Shloka Vaidialingam
Senior Associate bei BTG Legal
https://btg-legal.com/

Ulrich Bäumer
Rechtsanwalt
Partner und Head der India Group von Osborne Clarke
Ulrich.Bäumer@osborneclarke.com

Nearshoring bei Europas Nachbar Tunesien

Die Bundesregierung fördert nachhaltiges unternehmerisches Engagement in Tunesien mit vielfältigen Angeboten von Beratung bis Finanzierung. Mit knapp 12 Mio. Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von etwa 35 Mrd. USD ist das Land auf dem globalen Parkett eigentlich kein gewichtiger Faktor. Dafür fertigen aber jetzt schon deutsche und internationale Unternehmen hier Vor- und Fertigprodukte, in erster Linie für den europäischen Markt. Neben der geografischen Nähe sind das hohe Bildungsniveau, das attraktive Lohnniveau und eine im regionalen Kontext gute Infrastruktur Pluspunkte. Wir bieten einen Überblick über Kontaktstellen und Förderangebote.

Die Corona-Pandemie hat auch Tunesien hart getroffen. Die Geberinstitutionen unterstützen das nordafrikanische Land indes weiter. Insbesondere die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat nach dem Arabischen Frühling im Jahr 2011 ihre Aktivitäten in Nordafrika stark ausgebaut. Durch die Pandemie könnte nun auch der Druck zunehmen, dass die Regierung die im Gegenzug versprochenen staatlichen Reformen endlich durchführen wird. Eine große Chance sehen Experten in einem möglichen Trend zum Nearshoring als Folge des Zusammenbruchs der globalen Lieferketten nach dem Ausbruch des Coronavirus. Die geographische Nähe zu Europa macht Tunesien zu einer der – im wahrsten Sinne – naheliegendsten Alternativen zur Fertigung in Fernost.

Spezifische deutsche Förderprogramme

Neben den wichtigen Erst-Anlaufstellen wie der AHK Tunesien, der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Germany Trade & Invest (GTAI) gibt es einige spezifischere Ansatzpunkte, etwa im Rahmen von Entwicklungsprogrammen.

So ist Tunesien eines von rund 30 Ländern, zu dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über das „ExperTS" genannte Programm spezielle Beratung zu entwicklungspolitischen Themen anbietet. Ebenfalls über das BMZ läuft das Programm „Strategische Partnerschaft Digitales Afrika", in dessen Rahmen die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vorangetrieben werden soll.

Derzeit sind etwa 260 Unternehmen mit deutschem Kapital ansässig und aktiv. Im Frühjahr 2020 sollte in Tunesien mit dem Antritt einer neuen Regierung der bisherige politische Stillstand enden. Die Corona-Pandemie stellte die Hebel jedoch wieder zurück. Die Grenzen wurden für den Personenverkehr weitgehend geschlossen, viele Bereiche der Wirtschaft lagen brach. Tunesien ist nicht nur stark in internationale Lieferketten eingebunden, der Tourismus ist darüber hinaus ein ganz entscheidender Wirtschaftsfaktor.

Die relativ geringen Infektionszahlen können als Erfolg gewertet werden. So lag die Zahl der bestätigten Fälle am 11. August bei 1.700 mit nur rund 50 Todesfällen. Die wirtschaftlichen Folgen werden aber auch in Tunesien noch lange nachwirken. Das Bruttoinlandsprodukt ist auch in Tunesien – trotz der geringen Zahl an Fällen – im Frühjahr stark eingebrochen. Jüngste Prognosen gehen für das Gesamtjahr 2020 von einem Rückgang um etwa 5% aus. Im Vergleich zu machen Industrieländern ist dies aber überschaubar. Schon 2021 soll es eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau von 2,5 bis 3% Wachstum geben.

Einen großen Einfluss auf den tatsächlichen Verlauf wird nach Einschätzung der Experten von Germany Trade & Invest die Entwicklung im Rest der Welt und vor allem die Geschwindigkeit, mit der der Tourismussektor wieder in Schwung kommt, haben.
Nach einigen Jahren des Wachstums gingen die ausländischen Direktinvestitionen 2019 auf 805 Mio. EUR zurück (2018: 916 Mio. EUR). Deutsche Direktinvestitionen legten jedoch gegen den Trend zu. Heimische Unternehmen hatten sich bereits zuvor mit Investitionen zurückgehalten. Dazu tragen unter anderem die hohen Kreditkosten bei. Die heimischen Unternehmen leiden außerdem stärker unter der Abwertungstendenz des Dinar.

Sonderwirtschaftszonen mit zahlreichen Vorteilen

Im Gegenzug profitieren exportorientierte ausländische Unternehmen eher davon. Die Agence de Promotion de l'Industrie et de l'Innovation zählte in den ersten beiden Monaten des Jahres noch einen hohen Zuwachs von Investitionsankündigungen. Im März erfolgte dann der Einbruch. Vor Corona herrschte also Zuversicht. Eine Umfrage der AHK Tunesien unter ihren Mitgliedsunternehmen von Anfang April ergab, dass nur etwa ein Viertel der teilnehmenden Firmen davon ausgeht, Investitionen wie geplant durchführen zu können.
Das Land verfolgt offiziell einen Weg der wirtschaftlichen Liberalisierung und Öffnung. Die Außenhandelsquote lag 2017 mit 70% sogar über der deutschen. Trotzdem schwankte die letzte Regierung zwischen Öffnung von Handel und Investitionen und Schutz der heimischen Industriesparten vor ausländischer Konkurrenz. Wie sich die Verhandlungen mit der Europäischen Union zu einem Handelsabkommen gestalten werden, ist noch unklar. Die letzte Runde ist mehr als ein Jahr her. Neben der Europäischen Union sieht das Land den eigenen Kontinent als Zukunftsmarkt und will Investoren davon überzeugen, ihr Afrikageschäft von Tunesien aus zu gestalten. Nach dem 2018 vollzogenen Beitritt zum gemeinsamen Markt für das östliche und südliche Afrika (COMESA) strebt man auch die Mitgliedschaft in der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) an.
Die Verbesserung des Investitionsklimas ist ein erklärtes Ziel der Politik. Im Rahmen der Investitionsförderung hat Tunesien bereits vor vielen Jahren zwei Sonderwirtschaftszonen in Zarzis sowie in Bizerte geschaffen. In diesen sind Unternehmen von Einfuhrzöllen befreit, zahlen niedrigere Steuern und haben flexiblere Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine dritte Sonderzone wird gerade in der Region Ben Gardane aufgebaut.
Außerhalb dieser Freizonen konnten produzierende Unternehmen, die nicht mehr als 30% ihrer Produktion in Inland absetzen, unter einem speziellen Regime registriert werden, das Steuervergünstigungen und die Befreiung von Einfuhrabgaben auf Produktionsgüter bietet. Im Rahmen der Unterstützungsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie wurde Unternehmen, die unter diese Regelung fallen, gestattet, einen höheren Anteil auch lokal zu verkaufen.

Weiterführende Informationen

Deutsch-Tunesische Industrie- und Handelskammer
http://www.tunesien.ahk.de/

Germany Trade & Invest
https://www.gtai.de

Agentur für Wirtschaft & Entwicklung
http://www.wirtschaft-entwicklung.de/

ExperTS
http://www.bmz.de

Strategische Partnerschaft Digitales Afrika
http://www.bmz.de

Tunesische Investitionsbehörde
https://tia.gov.tn/

Förderagentur für ausländische Investitionen
www.investintunisia.tn

Agentur zur Förderung von Industrie- und Innovation
www.tunisieindustrie.nat.tn

Tunesische Industrie- und Handelskammer
www.ccitunis.org.tn

Sonderwirtschaftszone Bizerte
www.paeb.tn

Sonderwirtschaftszone Zarzis
www.investinzarzis.tn/fr/

Digitale Plattform „VR International":
Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International", die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DZ BANK AG, Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG, Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG VERLAG, E-Mail: akoeller@dgverlag.de
Verlag: Deutscher Genossenschafts-Verlag eG, Vertreten durch den Vorstand: Peter Erlebach (Vorsitzender) und Franz-J. Köllner, Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden
Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock, KPMG AG, AHK Japan, DZ BANK AG, NEUSSELMARTIN, Anwaltskanzlei Osborne Clarke, BTG Legal
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Deutschen Genossenschafts-Verlages eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.